

11.02.2012

Keine neuen Kredite

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Gemeinde Brechen wurde unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Kosten für den Erwerb der kirchlichen Kindertageseinrichtungen in Nieder- und Oberbrechen in Höhe von 700 000 Euro (wir berichteten) bei der jüngsten Gemeindevertretersitzung in der Oberbrechener Emstalhalle mit breiter Mehrheit verabschiedet. 19 Gemeindevertreter sprachen sich für die Verabschiedung aus, es gab keine Gegenstimmen und nur vier Enthaltungen.

Bürgermeister Werner Schlenz sagte vor der Haushaltsdebatte, dass zur Finanzierung des Haushaltes keine neuen Kredite aufgenommen werden müssten. Finanzieller Spielraum könne durch die Erwartung von Bauplatzverkäufen gewonnen werden. "Dies bedeutet jedoch lediglich eine Verschnaufpause", sagte Schlenz. Stolz verkündete der Bürgermeister, dass die Gemeinde Brechen im Gegensatz zu anderen Gemeinden keine Überziehungskredite habe in Anspruch nehmen müssen. Im Blickpunkt stehe nun die Erschließung eines Neubaugebiets am Mittelweg.

Keine neuen Lampen

Die Gemeindevertreter befassten sich vor der Verabschiedung des Haushaltes mit zwei Anträgen der BWG-Fraktion und der SPD. Mit der Verkehrssituation an der Ortseinfahrt Oberbrechen an der Bundesstraße 8 beschäftigte sich die BWG und kritisierte, dass die Ortseinfahrt bei Dunkelheit und schlechtem Wetter nur sehr schwer zu erkennen und es schon zu folgenschweren Unfällen gekommen sei. Um die Situation in diesem Bereich zu verbessern schlug die Fraktion vor, zirka drei Lampen installieren zu lassen. Dieser Antrag stieß mehrheitlich nicht auf Gegenliebe. Nur vier Gemeindevertreter waren für den Vorschlag, 14 dagegen und es gab fünf Enthaltungen.

Nur denkbar knapp ging es bei der Abstimmung zum Antrag der SPD zu. Die SPD hielt es für sinnvoll, über den Punkt "soziale Hilfen/Leistungen" noch einmal nachzudenken. In diesem Bereich hat die Gemeinde Aufwendungen für soziale Hilfen in Höhe von 1450 Euro eingeplant. 1000 Euro werden für Seniorennachmittage freigestellt. Mit 450 Euro unterstützt die Gemeinde die beiden Limburger Frauenorganisationen "Frauenhaus" und den "Verein gegen unseren Willen". "Beide Häuser sind vor dem Hintergrund knapper Kassen des Landes in zunehmendem Maß in ihrer Finanzierung gefährdet", sagte Theda Ockenga für ihre Fraktion. Die wertvolle Arbeit, die die beiden Frauenorganisationen jedoch leisten, sollten durch eine Aufstockung von Mitteln um 350 Euro auf zukünftig 700 Euro gestärkt werden. Den zusätzlichen Betrag in Höhe von 350 Euro könne man gegebenenfalls durch eine erfolgreiche Bewerbung im Programm "Ab in die Mitte" neutralisieren. Bei zehn Ja-Stimmen, elf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen wurde der Antrag abgelehnt.

© 2012 Nassauische Neue Presse